



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 534

Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. September 2025, 19.00 Uhr (ADH)

Anwesend	30/36 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Ebert Stephan, Fareri Silvio, Grether Billie, Käch Simon, Moldovanyi Andreas (bis 19.15 Uhr)	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Christoph Zwahlen	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Totalrevision des Personalreglements sowie des Lohn- und Zulagenreglements (neu Personalreglement); 2. Lesung	3473
2.	Teilrevision Polizeireglement (PolR); 1. Lesung	3458
3.	Teilrevision des Reglements über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen; 1. Lesung	3502
4.	Beantwortung Postulat, Fraktion der SP, Mauro Pavan, «Kunststoff-Recycling»	3467
5.	Postulat, Fraktion der SVP, Urs Schneider, Kraftwerkbrücke	3484
6.	Postulat, Fraktion der SP, Patrick Eichenberger, Verkehrssicherheit Kreuzung Bahnhof- und Muttenzerstrasse	3496
7.	Postulat, Fraktion der SVP, Reto Ramstein, Nächtlicher Lastwagenverkehr Muttenzerstrasse/Oberemattstrasse	3503
8.	Beantwortung Interpellation, Fraktion der SVP, Josef Bachmann, «Nachtragskredite»	3504

9. Beantwortung Postulat, Fraktion der U/G, Christoph Zwahlen, Fussgängerstreifen über die Augsterheglstrasse

3372

Begrüssung

Christoph Zwahlen: Ich begrüsse sie zur 534. Einwohnerratssitzung und besonders Karina Salgueiro. Sie ist für Timon Sommerhalder nachgerückt und heute das erste Mal unter uns.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 23 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 26 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Christoph Zwahlen: Ich verlese zuerst das Rücktrittsschreiben: *«Nach nun doch schon geraumer Zeit habe ich als Einwohnerrat über die Entwicklung in Pratteln mitgeredet. Mein Engagement für die Einwohnergemeinde Pratteln wurde mir häufig mit guten Wahlergebnissen bestätigt. Dafür danke ich den Prattler Stimmberechtigten von Herzen. Es wird nun aber an der Zeit, jemandem Jüngeren Platz zu machen. Ich werde per Ende September 2025 aus dem Einwohnerrat zurücktreten. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich keinerlei Abschiedsgeschenke entgegennehmen werde, auch wenn es diesmal garantiert sicher nicht als Bestechung ausgelegt werden kann. Dem Einwohnerrat wünsche ich für die Zukunft erspriessliche, faire, gebührende Diskussionen und gute Entscheide für Prattelns Zukunft. Freundliche Grüsse, Kurt Lanz.»* Er wünscht sich absolut kein Geschenk. Auf seinen Wunsch wurde eine Spende von CHF 200 an Solidair Suisse in Zürich überwiesen. Ausserdem wird für ihn ein Baum gepflanzt und dafür bekommt er dann ein Baumzertifikat.

Mitteilungen des Gemeinderats

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Es sind keine parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Christoph Zwahlen: Wir kommen zur Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses. Es wurden Anträge zu Abtraktandierungen gestellt. Silvio Fareri ist im Militär und deswegen hat er darum gebeten, dass man seine vier Geschäfte (3482, 3483, 3505, und 3506) auf eine nächste Sitzung verschiebt. Billie Grether ist krank und bittet ebenfalls darum, ihr Geschäft Nr. 3507 abzusetzen. Leider kann Bernhard Zwahlen sein Geschäft Nr. 3508 mangels Stimme heute auch nicht vertreten und wäre froh, wenn es das nächste Mal drankommt. Sind noch andere Anträge zur Traktandenliste?

://: Das bereinigte Geschäftsverzeichnis wird ohne Gegenstimme genehmigt.

1. Nr. 3473

Totalrevision des Personalreglements sowie des Lohn- und Zulagenreglements (neu Personalreglement); 2. Lesung

GP Stephan Burgunder: Aus der ersten Lesung ist noch die Frage der Zulage für regelmässig verschobene Arbeitszeiten offen. Aus den Unterlagen im System sieht man, wer alles auf der Gemeinde regelmässig mit verschobenen Arbeitszeiten arbeitet. Das haben nicht alle gesehen. Das betrifft alle Hauswartungen, ausser Pikett, Schwimmbad und Sportanlagen, Gemeindepolizei, dort gilt es nicht für Sonntag und Nacht, das ist zusätzlich entschädigt, Robinson-Spielplatz und Jugendarbeit. Bei anderen Mitarbeitenden sind die Aufgaben im Pflichtenheft erwähnt, dass sie eben regelmässig verschoben arbeiten, beispielsweise im Einwohnerratsbüro. Insgesamt reden wir hier von etwas mehr als 50 Mitarbeitenden auf der ganzen Gemeinde, die regelmässig verschoben arbeiten. Wir haben einen Lohnvergleich machen lassen und zwar explizit für die Bereiche, die ich jetzt aufgezählt habe. Den Lohnvergleich habe ich hier. Die BDO macht das regelmässig und sie haben im System 311 Gemeinden und Städte, die man vergleicht. Das Resultat ist, dass wir als Gemeinde sehr gut zahlen. Insgesamt sind Daten von 10'500 Personen in dieser Auswertung mit einbezogen worden. Wir sind als Gemeinde im 75%-Quantil, also 75% der anderen Gemeinden und Städte zahlen weniger oder gleich viel wie wir. Ohne Zuschläge sind wir heute beim besten Viertel, ausser bei der Polizei, aber dort gibt es ja am Sonntag ebenfalls Zeitzulagen. Deshalb sind wir auch dort, unter Berücksichtigung von allem, in dem Bereich. Wir sind somit also deutlich über dem Median, sogar im oberen Bereich mit unseren Gehältern. Das zu eurer Information. Ich gehe davon aus, dass wir später auf das Thema zurückkommen.

Präsenz

Es sind zurzeit 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 24 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 27 Stimmen.

Christoph Zwahlen: Dann kommen wir jetzt zur Direktberatung. Das Wort ist frei, wenn noch etwas zu sagen ist, sonst fahren wir gerade weiter mit der Lesung. Ich sehe keine Wortmeldungen, dann fangen wir mit der Lesung an.

Lesung

1 Allgemeine Bestimmungen

- § n1 Geltungsbereich
- § n2 Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen
- § n3 Anwendbares Recht
- § a4 gestrichen
- § a5 gestrichen
- § n4 Zuständigkeiten *keine Wortmeldungen*

§ n5 Personalpolitik

Fabian Mendelin: Ich habe mir die Worte von GP Stephan Burgunder zu Herzen genommen und bin der Meinung, dass wir dort beim Lit. h *zur Förderung geeigneter Ausbildungs- und Praktikumsplätze «in sämtlichen Bereichen der Gemeinde Pratteln»* einfügen können. Begründung: Es beschränkt sich nicht auf den Werkhof und die Verwaltung. Die Gemeinde Pratteln verfügt über wichtige Anstellungen und Tätigkeitsbereiche wie Schule, Betreuung, Bibliothek, Kultur und Soziales. Die Formulierung soll aus meiner Sicht verallgemeinert werden. Die Schaffung und Förderung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen ist so in allen Bereichen der Gemeinde, die man ermöglichen und auch die Nachwuchsförderung umfassender unterstützen kann.

Änderungsantrag SVP, Fabian Mendelin zu § n5: h) zur Förderung geeigneter Ausbildungs- und Praktikumsplätze in sämtlichen Bereichen der Gemeinde Pratteln

://: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Fortsetzung der Lesung

§ A 8 gestrichen
§ N 6 Personendaten
§ a10 gestrichen

2 Arbeitsverhältnis

2.1 Entstehung des Arbeitsverhältnisses

§ n7 Stellenausschreibung
§ n8 Rechtsform und Entstehung
§ a13 gestrichen
§ a14 gestrichen
§ n9 Probezeit

2.2 Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach der Probezeit

§ n10 Arten der Beendigung
§ n11 Kündigungsform
§ n12 Kündigungsschutz
§ a17 gestrichen
§ n13 Ordentliche Kündigung
§ a21 gestrichen
§ n14 Fristlose Kündigung
§ n15 Rechtswirkung der Kündigung
§ n16 Folgen der unzulässigen Kündigung
§ n17 Arbeitsunfähigkeit infolge Invalidität
§ a24 gestrichen
§ n18 Erreichen des Pensionsalters
§ n19 Beendigung im gegenseitigen Einvernehmen
§ a27 gestrichen, resp. in § n19 integriert
§ n20 Arbeitszeugnis

3 Rechte und Pflichten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

3.1 Rechte

§ n21 Schutz der Persönlichkeit
§ n22 Rechtsschutz
§ n23 Wohnsitzfreiheit
§ n24 Mitspracherecht
§ n25 Mitarbeit in Personalvertretungen
§ n26 Rechtliches Gehör
§ n27 Eingaberecht

3.2 Pflichten

§ n28 Arbeitspflicht und Arbeitsleistung
§ n29 Jahresarbeitszeit
§ n30 Absenzen
§ n31 Ablehnung von Vorteilen
§ n32 Schweigepflicht
§ n33 Vorübergehende Zuweisung von anderer Arbeit
§ n34 Ständige Zuweisung anderer Aufgaben
§ n35 Nebenbeschäftigungen und öffentliche Ämter
§ a56 in § n35 integriert

4 Lohn und andere geldwerte Leistungen

4.1 Lohnsystem

§ a36 PerR und § a1-3 LZR gestrichen

§ n36 Funktionseinreihung

§ n37 Lohntabelle

4.2 Lohnband und Lohnentwicklung

§ n38 Lohn

§ n39 Einreihung bei Stellenantritt *Keine Wortmeldungen*

§ n40 Lohnauszahlung

Kurt Lanz: Ich habe an der letzten Sitzung schon einen Antrag gestellt zum § n40 und hatte jetzt einen ganzen Monat Zeit um zu überlegen, was das eigentlich bedeutet. Ich habe immer noch nicht verstanden, warum die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung den Lohn neu fünf Tage später bekommen sollen. Vielleicht kann man mir das noch einmal erklären. Wenn irgendjemand sagt, das steht einfach so, wir zahlen sowieso am 25. aus, dann lassen wir es doch so stehen. Ich stelle wieder den Antrag, dass man den § 40 übernehmen soll, wie er im alten Reglement dringestanden ist.

Christoph Zwahlen: Kurt Lanz hat eine Frage gestellt, warum man das geändert hat und gleichzeitig einen Antrag. Das Wort zum § 40 ist frei.

GP Stephan Burgunder: Einverstanden!

Antrag SP, Kurt Lanz zu § n40: 1 Die Auszahlung von Löhnen und Zulagen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt in der Regel per 25. jeden Monats. 2 Der 13. Monatslohn wird mit dem November-Lohn ausgerichtet

://: Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Fortsetzung der Lesung

§ n41 Lohnentwicklung

§ n42 Teuerungsausgleich

§ n43 Einreihungsfehler

4.3 Zulagen, Prämien, Abgeltung besonderer Auslagen und Arbeitsleistungen, weitere Leistungen

§ n44 Auslagenersatz

§ n45 Persönliche Zulage *Keine Wortmeldungen*

§ n46 Abgeltung für unregelmässige Arbeitszeit

Delia Moldovanyi: Ich habe euch den Antrag schon zukommen lassen, darum will ich jetzt gar nicht mehr so viel dazu sagen. Es geht eigentlich nicht um 46, aber wenn es okay ist, habe ich ihn jetzt eingebracht, er ist zwischen 46 und 47, weil er eine neue 47 wäre. Es hat nichts mit dem Jetzigen § n47 zu tun, das ist wie unabhängig voneinander. Ich übergebe jetzt noch einmal das Wort an den Gemeinderat, weil noch nicht alle Fragen beantwortet worden sind, die ich das letzte Mal gestellt habe. Insbesondere, ob eben bei allen Mitarbeitenden das im Lohn abgegolten ist und ob das gleichermassen ist oder ob das unterschiedlich behandelt wird. Bis jetzt haben wir einfach gehört, dass die Löhne durchschnittlich gut sind, was ja erfreulich ist, aber noch nicht so viel zum Ganzen aussagt.

GP Stephan Burgunder: So pauschal kann man nicht sagen, ob das überall abgeholt ist oder nicht. Die Idee vom Antrag ist, dass man es eigentlich mit dem gleichen Lohn neu umsetzt und transparent die Zulagen ausweist. Das würde für uns heissen, dass wir über 50 Arbeitsverträge mit einer Änderungskündigung künden und neu verhandeln müssten. Mit dem heutigen Lohnmodell können wir die Zulagen nicht einfach so abbilden. Wir müssten quasi die Mitarbeiter eine Lohnklasse herunternehmen und mit den Zulagen wieder auf das Niveau anheben, wo sie heute sind. Ich mache zwei Beispiele: Der Robinson-Spielplatz hat jeden Samstag offen, ausser in den Schulferien. Das Jugi hat jeden zweiten Samstag offen und in der Regel in den Schulferien auch zu. Jetzt ist es relativ schwierig, den durchschnittlichen Einsatz eines Robinson- oder eines Jugendhaus-Mitarbeitenden in den Zulagen abzubilden zum gleichen Lohn. Die Frage ist dann, wie wir das abbilden wollen, wenn jemand krank ist oder wenn jemand am Samstag arbeitet. Nicht alle arbeiten immer am Samstag. Faktisch müssten wir ein neues Lohnmodell erfinden, welches wir heute so nicht haben. Die einzige Variante wäre, dass wir alle in diesen Lohnklassen sein lassen, wo sie heute sind und dass wir eine zusätzliche Zulage ausrichten für die Leute, die in verschobenen Arbeitszeiten arbeiten. Das ist aufgrund der Auswertung aber im Lohnvergleich nicht unbedingt angezeigt. Ich muss vielleicht noch einmal das heutige Lohnmodell erklären: Das Lohnmodell einer Gemeinde ist nicht ganz so einfach oder das des Kantons. Die Leute werden in eine Lohnklasse und in eine Erfahrungsstufe eingestuft. Aspekte wie Verhalten, Leistung, Zusatzfähigkeiten oder eben verschobene Arbeitszeiten spielen dort drin keine Rolle. Mit dieser beschlossenen Flexibilisierung, die wir jetzt gemacht haben mit dem Bandbreitenmodell, können wir als Gemeinde individuell solche Kriterien stärker berücksichtigen. In der Vergangenheit konnten wir es nur machen, indem wir die Leute eine Lohnklasse hinaufgenommen haben und das hat man zum Teil nicht überall gemacht. Wenn ihr diesen Antrag nun annehmt, wird explizit das Element mit der verschobenen Arbeitszeit angerechnet. Ob das für die Gleichbehandlung förderlich ist, diese Frage stellt sich schlussendlich. Mit dem Bandbreitenmodell haben wir in Zukunft auch die Möglichkeit, andere Faktoren wie nur die Samstagsarbeit, es geht primär um die Samstagsarbeit, weil Nacht und Sonntag praktisch alle einen Zuschlag haben, die berücksichtigen zu können. Beispiel das Thema Führung: Ob du fünf oder 50 Leute führst, wird in der Lohnklasse gleich belohnt, egal, wie viele Leute es sind. Also auch das ist eigentlich ein wesentlicher Faktor, den man berücksichtigen müsste. Wenn wir jemanden bei den Einwohnerdiensten anstellen, dann spielt es keine Rolle, ob diese Person sieben Sprachen spricht oder nur eine. Die Lohnklasse ist fix und wir können dort nicht individualisieren. In Zukunft können wir all diese Faktoren ein bisschen besser steuern und sagen, ja, das passt uns besser, dort belohnen wir jemanden und dort nicht. Neu haben wir eben die Möglichkeit, über den Grundlohn abzugelten. Das haben wir heute nicht. Heute sind alle fix in diesen Klassen und den Erfahrungsstufen eingereiht. Beim zweiten Gespräch bekommt eine Bewerberin oder ein Bewerber eine Offerte und dort sieht man genau, in welcher Lohnklasse der Lohn ist. Die Leute wissen genau, was sie bekommen. Wenn wir jetzt noch einen Zuschlag für die verschobenen Arbeitszeiten festlegen müssten, dann würde das extrem schwierig werden. Wir haben einmal eine grobe Annahme getroffen, wo die Leute mehr arbeiten mit diesen Zuschlägen und sind auf Mehr-/Zusatzkosten von CHF 100'000 bis 150'000 gekommen. Nur ein kleiner Prozentsatz der Mitarbeitenden sind nicht zufrieden. Wir haben aber auch Leute, welche ganz gerne am Wochenende arbeiten und es gibt Leute, die schätzen verschobene Arbeitszeiten, sei es wegen der Kinderbetreuung oder weil sie dann einkaufen können, wenn es weniger Leute hat.

Emil Job: Wie wird auf die Dauer sichergestellt, dass dann die regelmässige Samstagarbeitszeit auch so erbracht wird und dann nicht plötzlich ungleichmässig über die Mitarbeiter verteilt ist?

GP Stephan Burgunder: Das ist grundsätzlich Sache des Vorgesetzten. Wir haben Leute, zum Beispiel im Schwimmbad, die wollen nur samstags und/oder sonntags arbeiten. Wir haben aber auch Leute in anderen Jobs, die nicht am Samstag arbeiten wollen. Der Vorgesetzte berücksichtigt das und in Zukunft können wir das dann auch im Lohn berücksichtigen, wer, wann und wie arbeitet. Es gibt Orte, da sind verschobene Arbeitszeiten «gang und gäbe», das gehört zum Beruf wie an anderen Sachen auch. 96% der Mitarbeitenden sind aktuell wirklich zufrieden mit dieser Lösung und sonst haben wir noch den Paragraphen 45. Auch dort haben wir noch einmal Flexibilität. Es geht ja vor allem darum, wenn wir eine Stelle nicht besetzen können und wie wir uns attraktiv machen, dass wir alle Stellen besetzen können. In § 45 steht, dass wir in Zukunft die Möglichkeit haben, hier auch noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu belohnen. Es gibt auch

heute die Möglichkeit von doppelten Stufenanstiegen und Prämien, die wir zahlen können. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, dass wir diese Leute behalten können oder eben auch neue gewinnen, die wir gerne hätten. Wir hätten nicht praktisch Vollbestand, wenn unser Lohnmodell heute nicht funktionieren würde. Mit der neuen Flexibilität bin ich überzeugt, funktioniert das Modell noch besser, dass wir eben genau dann, wenn wir Flexibilität brauchen, das in diesen Fällen anwenden und die Stellen auch entsprechend besetzen können. Wenn wir jetzt eine Zulage über all die 50 Leute machen, dann bauen wir ein Administrationsmonster. Ich weiss nicht, ob das am Schluss wirklich zielführend ist, wenn wir dann diesen Leuten allen mehr geben, die teilweise in einer höheren Lohnklasse eingestuft sind, weil sie eben verschobene Arbeitszeiten haben.

Gilbert Bernoulli: Im Namen der FDP-Fraktion und als Mitglied der Spezialkommission, bin ich eigentlich für eine Ablehnung des Antrags, denn den Paragraphen n46 haben wir auch in der Spezialkommission sehr ausführlich diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass bezüglich Zulagen und ausserordentlichen Arbeitszeiten alles so geregelt ist, wie es sein muss. Die Löhne entsprechen sehr gut den versetzten Arbeitszeiten. Brauchen wir so viel Reglementierung? Können wir nicht auch ein Stück weit Vertrauen dem Gemeinderat entgegenbringen, dass er das zur Zufriedenheit der Angestellten und zur Zufriedenheit für uns als Einwohner von Pratteln regelt? Die FDP lehnt diesen Antrag ab.

Delia Moldovanyi: Ich danke dem Gemeinderat zuerst einmal für die Antwort. Ich habe das Vertrauen darauf, dass das jetzt so richtig dargestellt worden ist und 96% der Angestellten sehr zufrieden sind. Zum jetzigen Zeitpunkt werde ich darum auf den Antrag verzichten und zurückziehen. Ich behalte mir aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt eine Motion dazu einzureichen, damit diese Fragen auch noch einmal schriftlich beantwortet werden und alles so dargelegt wird. Ich bin nicht der Meinung, dass es eine Überreglementierung ist. Alle diejenigen, welche privatrechtlich angestellt sind, für die ist das einfach schon per se im Arbeitsgesetz (ARG) geregelt. Öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse könnte man zumindest dort regeln.

Didier Pfirter: Im Interesse der Transparenz: Steht in diesen Arbeitsverträgen klar, was bereits mit dem Lohn abgegolten ist und eben nicht noch extra abgegolten wird an unregelmässigen Arbeitszeiten oder wäre das ein gangbarer Weg für die Zukunft für neue Arbeitsverträge?

GP Stephan Burgunder: Es steht in den Pflichtenheften definitiv drin.

Christoph Zwahlen: Der Antrag ist zurückgezogen und wir fahren mit der Lesung weiter.

Fortsetzung der Lesung

§ n47 Leistungsprämie

§ n48 Jährliche Zulage für die Teilnahme an Übungen und Einsätzen der Feuerwehr Pratteln

§ n49 Familienzulage

§ n50 Erziehungszulage

§ n51 Änderung der Verhältnisse

§ n52 Jubiläumsprämie

4.4 Soziale Leistungen

§ n53 Gesundheitsschutz

§ n54 Berufliche Vorsorge

§ n55 Unfallversicherung

4.5 Lohnfortzahlung

§ n56 Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall

§ n57 Lohnanspruch bei Elternurlaub

§ n58 Lohnanspruch bei Betreuungsurlaub

§ n59 Lohnanspruch bei Militär- und Zivildienst

§ n60 Lohnnachgenuss

§ n61 Rückgriff der Gemeinde

§ n62 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

4.6 Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis
§ n63 Verjährung

5 Verantwortlichkeit und Haftung

§ n64 Verantwortlichkeit
§ n65 Haftpflichtversicherung

6 Ferien, arbeitsfreie Tage und Urlaub

§ n66 Ferienanspruch
§ n67 Anteilmässiger und gekürzter Ferienanspruch
§ n68 Bezug der Ferien
§ n69 Bezahlter und unbezahlter Urlaub

7 Aus- und Weiterbildung

§ n70 Berufsbildung
§ a62 gestrichen
§ n71 Weiterbildung
§ n72 Bewilligung von Bildungsmaßnahmen
§ a65 gestrichen
§ a66 gestrichen
§ a67 gestrichen
§ a68 gestrichen
§ a69 gestrichen

8 Schlussbestimmungen

§ n73 Bestehende Arbeitsverhältnisse
§ a71 gestrichen
§ n74 Inkrafttreten *keine Wortmeldungen*

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Totalrevision des Personalreglements sowie des Lohn- und Zulagenreglements (neu Personalreglement) wird genehmigt.

2. Nr. 3458

Teilrevision Polizeireglement (PoIR); 1. Lesung

GR Stefan Löw: In der Vorlage zeigen wir schon einiges auf, wieso wir die Änderung des Polizeireglements wollen. Wir bedauern diese Massnahmen natürlich schon. Über einige Jahre hat das gut funktioniert. Der jetzige Zustand ist einfach nicht mehr tragbar. Die Benutzer halten sich einfach nicht an die Benutzerordnung, die man verabschiedet hat. Bei der Verabschiedung dieser Benutzer- und Gebührenverordnung für Fahrende vor 23 Jahren ist das Verhalten und das Verständnis ganz anders gewesen als heute. Es hat sich leider sehr negativ verändert. Gründe gibt es viele: Sie halten sich nicht an die Verordnung, halten vereinbarte Abmachungen nicht ein und zeigen unangemessenes Verhalten gegenüber dem Personal, das dort tätig ist. Dann machen sie falsche oder auch unwahre Angaben. Leider finden Verunreinigungen diverser Art am Stellplatz und in der Umgebung statt. Das ist eine grosse Zumutung auch für das Personal. Auch Abmachungen für den Zugang von weiteren Familienmitgliedern werden nicht eingehalten. Es stehen dann einfach noch weitere Wagen dort, die eigentlich so nicht hätten kommen dürfen. Das ist einfach ein sehr grosser Aufwand für den Werkhof und das Personal. Die Schwierigkeiten erstrecken sich jetzt schon über einige Jahre und zeigt bisher auch keine Verbesserung mit all diesen Massnahmen und den Gesprächen, die man gesucht hat. Das Gegenteil ist leider der Fall. Das zuständige Personal unserer Gemeinde hat über Jahre versucht, die Situation zu

entlasten/entschärfen und in bessere Bahnen zu lenken. Das war leider einfach nicht möglich. Es ist für alle eine schwierige Situation und auch oft kaum zumutbar. Deshalb bittet der Gemeinderat, dieser Teilrevision des Polizeireglements zuzustimmen.

Christoph Zwahlen: Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Ist jemand gegen das Eintreten? Somit sind wir auf das Geschäft eingetreten. Das Wort ist frei für die Direktberatung.

Emil Job: In diesem Geschäft wird Bezug genommen auf das Gesetz des Kantons und darum möchten wir in diesem Zusammenhang zwei Fragen stellen: Wie viele Standplätze gibt es denn jetzt offiziell, die der Kanton zugewiesen hat? Wie sieht es dort mit der Auslastung aus, hat es dort überhaupt freie Plätze?

Urs Schneider: Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht. Jetzt ist er gebrochen und man muss das Polizeireglement anpassen. Ein Stück weit bedauere ich das selbstverständlich, man hat ja mit diesen Fahrenden Jahrzehnte gelebt, immer auf dem Parkplatz in den Sandgruben unten. Sie waren über mehrere Monate dort oder immer wieder. Anscheinend, ich habe das persönlich nicht so aufgefasst, ist es ein Problem geworden in den letzten Jahren. Das kann ich nachvollziehen und verstehe es auch. Wir werden der Änderung des Polizeireglements zustimmen. Ich hoffe aber, dass die Gemeinde den Landbewirtschafter Unterstützung bietet, wenn sie vielleicht jetzt zukünftig ein bisschen genötigt werden von den Fahrenden, weil sie halt nicht mehr auf den Schwimmbadparkplatz fahren dürfen und dann einfach bei einem Bauern auf das Land fahren. Das gibt es immer wieder.

Olivier Bally: Wir haben es in unserer FDP-Fraktion besprochen und wir sind auch dafür, dass das angepasst wird. Es ist halt heute leider so. Alles wird einfach als selbstverständlich angeschaut, da kann man machen, was man will. Das ist ja nicht nur jetzt mit dem Camping so, sondern es findet eigentlich eine Verwilderung statt, siehe Verkehr und so weiter.

Mauro Pavan: Ich gehe davon aus, dass die Änderung heute so angenommen wird. Ich persönlich werde dieser nicht zustimmen, sondern mich voraussichtlich enthalten. Der Gemeinderat hat es sich hier ein bisschen leicht gemacht, wenn er sagt, Gott sei Dank weist der Kanton die Standorte zu und zum Glück ist Frenkendorf einer und nicht Pratteln. Ich weiss nicht, was der Gemeinderat gesagt hätte, wenn es jetzt umgekehrt wäre und Frenkendorf jahrzehntelang einen Standplatz gehabt hätte. Da fehlt mir die Solidarität auch unter den Gemeinden.

Patrick Weisskopf: Ich möchte noch gerne wissen, ob wir mit dem Reglement die Möglichkeit haben, gewisse Fahrende, bei denen wir schlechte Erfahrungen gemacht haben, abzuweisen. Die Fahrenden gehören ja in gewisser Hinsicht auch zum Kulturgut. Schon seit über 700 Jahren gibt es Leute, die im Sommer herumziehen und im Winter an einem Ort sind. Jenische und Sinti sind die Gruppierungen, die wir in der Schweiz kennen. Es gibt aber auch ausländische Fahrende. Haben wir mit bestimmten Gruppierungen von Fahrenden mehr Probleme und schiessen einfach über das Ziel hinaus, weil wir generell alle bestrafen? Auch wenn wir vier Standplätze haben, sind das immer noch zu wenig. Es braucht in der Region und auch in der Stadtnähe diesen Platz. Diese Leute sind darauf angewiesen, dass sie irgendwo hingehen können und von dort aus dann auch arbeiten gehen. Sehr viele sind regelmässig gekommen und haben gute Arbeit geleistet. Was dann passiert, sind die «Ausweichereien» zu den Bauern oder auf nicht genehmigte Plätze. Es ist ein Gastrecht und man ist eigentlich selber schuld, wenn man sich das Gastrecht kaputt macht. Das könnte man ja auch im Reglement lösen. Fraglich ist, ob das Campieren so alleine stehenbleiben kann oder das Reglement erweitert werden muss. Reicht der übriggebliebene Paragraph? Wo beginnt das Campieren, wo sind dann die Fahrenden, wie lange darf ich dann dort sein? Wie betreute und betreut man die Fahrenden? Geht alles immer über die Polizei oder hätte man vielleicht auch eher vom Sozialdienst auf die Leute zugehen müssen, weil die Kinder im Winter hier zur Schule gehen? Ich fände es schade, wenn wir einfach so die Türen zu machen würden.

Gery Stadler: Die Fahrenden sind ein Teil der Schweiz und darum brauchen sie ihren Platz in der Schweiz und an vielen Orten. Wenn man sich nicht richtig verhält, dann verwirkt man ein Stück weit sein Recht. Bestraft man alle, wegen ein paar Wenigen? Hat man das Gespräch

gesucht mit der Organisation der Jenischen und Sinti? Das fände ich einen viel wichtigeren Schritt vorher, weil die Menschen einen Platz brauchen und ihren Platz bei uns in der Gesellschaft verdient haben. Logisch, sie müssen sich an die Regeln halten, das ist klar.

Rebecca Moldovanyi: Ich lese aus dem Text zwei Sachen heraus: Die Abschaffung ist kostenneutral, das heisst, es kann im Moment nicht ein grosser Mehraufwand sein, sondern es deckt im Moment einfach gerade die Kosten. Das ist natürlich schade, aber ist das wirklich schon Grund genug, dass man Leute, die seit langem hier sind, wirklich einen Platz verweigern würde? Es sind Menschen, die auch ihre Rechte und Ansprüche haben und ich schliesse mich meinen Vorredner an. Vielleicht gibt es noch andere Sachen, die man zuerst ergreifen kann. Wir haben jetzt gehört, dass es plötzlich schlimmer wurde und das deckt sich nicht mit Gefühlen, die ich von früher noch kenne. Wir haben 23 Jahre als Zahl gehört. Zu dieser Zeit war ich eine kleine Teenagerin. Die Fahrenden haben noch an der Muttenzerstrasse häufig einen Standplatz bekommen. Dort wurde genauso darüber geschimpft, dass es nicht sauber sei und so weiter. Ich glaube, mit Dialog kommt man sehr viel weiter als einfach nur verbieten.

Reto Ramstein: Ich habe selbst gesehen, wie das bei den Sandgruben zugegangen ist, denn ich habe zwei Jahre im Schwimmbad gearbeitet. Man hatte Diskussionen mit den Fahrenden. Der Betriebsleiter des Schwimmbads hat mit ihnen Kontakt aufgenommen und die Regeln erklärt, betreffend Container bestellen, Strom usw. Es war verheerend und wurde immer schlimmer. Wenn die Firma Saxer unsere Container vom Schwimmbad am Morgen um sechs Uhr entleert hat, waren sie um halb sieben Uhr bereits wieder vollgestopft mit Material. Ihren eigenen Container haben sie vier Wochen lang nicht zur Abholung angemeldet, das sei unsere Aufgabe. Im Sommer hatten wir vom ganzen Areal einen 110-Liter-Sack vielleicht knapp halb voll gehabt. In der Zeit, als die Fahrenden hier waren, haben wir vier Säcke voll Material auf ihrem Arealgebiet zusammensammeln müssen. Schnapsflaschen wurden einfach über den Zaun ins Schwimmbad hineingeschossen. Nicht mehr gebrauchtes Material haben sie liegengelassen. Sie haben auf dem Parkplatz Fensterläden abgeschliffen, Malerarbeiten ausgeführt und Autos repariert. Auf dem ganzen Areal und der Wiese haben sie ihre Notdurft verrichtet, obwohl ein ToiToi dort gestanden ist. Sie haben es sich selbst verdorben, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Deshalb bin ich dafür, die Änderung anzunehmen.

Dominique Häring: Ich verstehe die Änderung folgendermassen: Man streicht jetzt explizit die Fahrenden heraus, aber das Campieren (mit Wohnwagen etc.) besteht ja immer noch. Die Fahrenden könnten eine Bewilligung beantragen und weiterhin auf dem öffentlichen Grund parkieren. Nur gibt es keinen zugewiesenen Ort mehr. Sehe ich das richtig?

GR Stefan Löw: Wir können leider nicht alle zu Wort kommen lassen, die dort unten arbeiten oder direkten Kontakt haben mit diesen Fahrenden. Wir mussten auch Massnahmen auf der Gemeinde erlassen, wie den Zugang zum Präsidenten und Gemeindeverwalter verwehren. Sie sind unkontrolliert in der Verwaltung herumgelaufen. Es gibt einfach sehr schwierige Situationen in diesem Zusammenhang. Wir haben es uns wirklich nicht leicht gemacht. Das Problem besteht schon einige Jahre. Massnahmen zur Entlastung haben leider nicht funktioniert. Das Verständnis und Akzeptanz sind nicht da. Es mag sein, dass wenn Fahrende aus anderen Ländern hinzukommen, sich die Situation verändert. Sie bewegen sich halt nicht nur in einem Land, sie gehen nach Deutschland, sie gehen nach Frankreich. So sind sie eben Fahrende und immer unterwegs. Es ist reglementiert, wie viele sich auf dem Platz aufhalten dürfen. Man sagt zwei Familien, aber es ist noch schwierig genau festzustellen, wer zu diesen Familien gehört. Zuletzt haben wir eine Überbelegung und sie gehen nicht mehr weg. Wir können keine Schranken bauen und dann dort jemanden als Aufsicht hinstellen. Das können wir nicht machen und liegt finanziell auch nicht drin. Wie die Auslastung beim Kanton ist, kann ich nicht sagen. Wenn es eine ganz schwierige Situation wäre, man müssten ja die Fahrenden Druck machen und darauf hinweisen, dass sie nirgends hingehen können. Die Gemeinde hat freiwillig den Platz zur Verfügung gestellt. Es ist schade, dass es im Moment so herauskommt. Die Situation kann sich auch wieder einmal verbessern, in welchem Zeitrahmen auch immer das sein mag. Dann kann man das Polizeireglement wieder ändern. Wir haben noch zwei weitere Standorte: Der eine ist beim Eggisgraben oben und einer ist noch beim Vitaparcours. Dort haben ein paar Fahrzeuge Platz. Es sind aber vorwiegend die Campierenden, die dort über Nacht hingehen. Sie loggen sich über eine App ein und sind dann

registriert. Wir wissen, wer dort ist und sie bezahlen dann auch die geforderten Gebühren. Wir würden gerne in einen Dialog gehen mit den Verbänden, aber auch sie können zum Teil nicht Einfluss nehmen auf Gruppierungen, die sich in ihrer Gesellschaft bewegen und sich fehlverhalten. Deshalb bitte ich sie, dieser Reglementsänderung zu entsprechen.

Lesung

§ 21, Camping *Keine Wortmeldungen*

Urs Schneider: Nachdem jetzt keine Änderungsanträge eingegangen sind, wir darüber diskutiert haben und die Meinungen gemacht sind, würde ich vorschlagen, auf eine zweite Lesung zu verzichten.

Kurt Lanz: Ich stelle natürlich den Antrag, dass wir nicht auf die 2. Lesung verzichten. Es hat doch noch ein paar Fragen gegeben und ob alle einverstanden sind mit den Antworten, ist eine andere Geschichte. Aber ihr wisst ja alle, warum ich immer eine zweite Lesung will. Es ist mir eben auch schon passiert, dass nach Publikmachen Leute auf mich zukommen sind und gefragt haben, was habt ihr da gemacht? Dann bin ich darauf aufmerksam geworden, dass wir vielleicht doch irgendetwas übersehen haben. Ich möchte gerne, dass der Einwohnerrat der Bevölkerung die Möglichkeit gibt, noch einmal auf euch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zuzugehen und vielleicht noch einmal eine Anregung zu bringen.

Emil Job: Ich unterstütze den Antrag von Kurt Lanz, denn ich möchte GR Stefan Löw die Chance geben, noch alle Fragen sauber abzuklären und zu beantworten.

Antrag SVP, Urs Schneider, auf Verzicht 2. Lesung (2/3 Mehr):

Der Antrag wird mit 23 Nein- zu 13 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die erste Lesung ist abgeschlossen.

3. Nr. 3502

Teilrevision des Reglements über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen; 1. Lesung

GP Stephan Burgunder: Dieses Reglement legt fest, wie der Propagandaversand im Vorfeld einer Abstimmung stattfindet. Als eine der wenigen Gemeinden, übernimmt Pratteln die Aufgabe des Propagandaversands. Sie organisiert und finanziert das Verpacken, das Adressieren und den Versand an alle Haushaltungen mit den stimmberechtigten Personen. Meistens ist das zu eidgenössischen und zu kantonalen Urnengängen die Regel, vielleicht einmal pro Jahr findet eine kommunale Abstimmung statt. Die Idee und das Anliegen, dass wir in Pratteln den Propagandaversand nur bei kommunalen Urnengängen machen, kommt aus unserem jährlichen Treffen des Gemeinderates mit den Partei- und Fraktionspräsidien. Das hat mehrere Gründe. Sehr oft reicht es unseren lokalen Parteien zu kantonalen oder eidgenössischen Urnengängen nicht eine eigene Parole zu fassen, und somit werden meistens die kantonalen oder eidgenössischen übernommen. Bei kantonalen und eidgenössischen Urnengängen ist die Informationsdichte in den Medien so hoch, dass das Fehlen des Propagandaversands der Gemeinde vertretbar wäre. Nicht zuletzt sind aber auch die Kosten genannt worden, die fürs Drucken dieser Flyer, insbesondere für die kleineren Parteien, zur finanziellen Belastung werden. Wenn ich unsere Wahlbeteiligung anschau, dann landen mindestens 6'000 von diesen Couverts ungeöffnet im Abfall, im besten Fall im Altpapier. Da habe ich nur die eingerechnet, die alle nicht abstimmen gehen. Darum der Antrag, dass die Gemeinde die Urnengänge nur noch dann unterstützt, wenn es kommunale Urnengänge gibt. Bei den Kosten sind übrigens nur die Kosten eingerechnet, die extern sind. Unsere

internen Kosten, die Aufwendungen mit Prüfungen, Rückmeldungen an Parteien etc. sind nicht eingerechnet. Die Kosten sind aber hier im Gemeinderat nicht im Vordergrund gestanden, das ist ein Nebeneffekt. Wir werden auch wieder Zeiten haben, in denen wir froh sind, so einen Nebeneffekt mitnehmen zu können, vor allem dann, wenn wir den Gürtel enger schnallen müssen.

Dominique Häring: Nach dem Motto «steter Tropfen höhlt den Stein» bedanke ich mich herzlich beim Gemeinderat, dass er nach zehn Jahren selber auf die Idee gekommen ist, aber angestossen von mir, dass man das einmal überprüfen müsste. Mein Vorschlag war eine Zweidritteinsparung, eure ist sogar eine Dreivierteleinsparung, auf der Seite der Gemeinde, sprich der Steuerzahler. Das kann ich nur begrüßen. Wir haben so viele Medien: Über Facebook und viele andere Medien wird viel gepostet zu Abstimmungen, und wir haben den Prattler Anzeiger (PA), wo wir Leserbriefe einsenden können. Wenn irgendwelche Abstimmungen anstehen, explodiert die Zeitung. Wir haben Parteibeiträge, wir haben so viele Möglichkeiten zu kommunizieren und das ist ein wertvoller Weg. Ich bin absolut begeistert, dass wir das auf die kommunalen beschränken mit der Beilage. Das macht uns kleinen Parteien die Arbeit einfacher und wir können uns wirklich auf die Kommunalpolitik fokussieren. Kantonal und national wird durch die Parteien von oben so viel gesteuert, da brauchen wir das nicht auch noch.

Christoph Zwahlen: Das Eintreten wird bestritten. Dann reden wir über das Eintreten.

Eintretensdebatte

Kurt Lanz: Wir müssen uns bemühen, dass möglichst viele Leute die politischen Informationen bekommen. Das ist das Wesen unseres Landes, unserer Gemeinde und unserem Kanton. Man sollte nicht etwas abschaffen, was die Leute vielleicht noch ein bisschen motivieren könnte, um abzustimmen und zu wählen. Darum möchte ich, dass wir nicht auf das Geschäft eintreten.

Andreas Seiler: Wir haben in der FDP-Fraktion das intensiv diskutiert und sind uns nicht ganz einig gewesen, ob die Änderung eine gute oder schlechte Sache ist. Es gibt Sachen, die dafür und dagegen sprechen. Wenn wir jetzt aber nicht auf das Geschäft eintreten, dann können wir darüber auch nicht diskutieren. Deshalb votiere ich für Eintreten und wir hätten noch ein paar Punkte.

Thomas Puppato: Wir von der SVP-Fraktion haben das auch untereinander besprochen. Dieser Einschnitt ist nicht gut für die politische Landschaft, wenn man künftig bei den Abstimmungen keine Unterlagen mehr mitschicken kann, ausser es geht nur um die Gemeinde. Die Unterlagen im grauen Kuvert machen viele auf und schauen gerade auf die Zettel. Was sagen die verschiedenen Parteien? Die lokale Bevölkerung schaut, was die kommunalen Parteien machen, auch bei eidgenössischen oder kantonalen Abstimmungen. Pratteln ist eine grosse Gemeinde und man muss sie auch nicht eins zu eins mit anderen Gemeinden vergleichen. Von daher sind wir dafür, dass wir auf das Geschäft *nicht* eintreten.

Patrick Weisskopf: Die Unabhängigen Pratteln haben das Geschäft zusammen diskutiert. Wir wollen es beibehalten, wie es ist. Das Internet ist eine Bubble-Bildung und dadurch keine richtig gute Informationsquelle. Bei einem finanziellen Wert von CHF 80 Mio. machen die CHF 16'000 nicht mehr viel aus. Ebenfalls würde der Sinn des Reglements, wenn wir das herausnehmen, total ausgehöhlt und darum würden wir das belassen und nicht eintreten wollen.

Abstimmung über Eintreten

://: Der Rat beschliesst mit 27 Nein- zu 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen *nicht* auf das Geschäft einzutreten.

4. Nr. 3467

Beantwortung Postulat, Fraktion der SP, Mauro Pavan, «Kunststoff-Recycling»

GR Petra Ramseier: Die Beantwortung des Postulats liegt schriftlich vor. Wir haben das Thema recht ausführlich geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass wir auf eine Vergabe dieser Recycling-Lizenz im Moment verzichten wollen. Wir möchten beim heutigen System mit der «bring-plastic-back-Sammelsäcke» bleiben, da im Moment gerade sehr viele Veränderungen im Bereich des Kunststoffrecyclings stattfinden. Wir möchten das jetzt noch einmal weiter beobachten und dann einsteigen, wenn wir das Gefühl haben, das ist wirklich eine neue Version oder eine neue Anwendung, die Pratteln auch einen Mehrwert bringt. Pratteln hat im Moment ein System, das halt nicht «house-to-house» ist. Man muss zur Firma Saxer gehen, um diese Plastiksäcke abzugeben. Das ist nicht das komfortabelste System, aber wir haben eines. Der Mehrwert für eine Umstellung dünkt uns im Moment nicht genug, um einzusteigen. Wir werden es im Auge behalten und darauf zurückkommen. Deshalb bitten wir den Einwohnerrat, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Mauro Pavan: Dieser Bitte kann ich gerne folgen, man kann das abschreiben. Es ist nicht das erste Mal, dass ich ein Postulat eingereicht habe zu diesem Thema und vor mir auch schon andere Fraktionsmitglieder, die mittlerweile selber Gemeinderäte sind. Die Antworten waren jeweils nicht sehr befriedigend und ich habe das nicht wirklich als erfüllt angeschaut. Das ist diesmal zum Glück ganz anders. Ich möchte mich beim Gemeinderat herzlich bedanken für die ausführlichen Abklärungen und Beantwortung. Ich bin gespannt, was für Neuerungen kommen und hoffe, dass es dann gar nicht erst einen Vorstoss brauchen wird.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3467 wird als erfüllt abgeschrieben.

5. Nr. 3484

Postulat, Fraktion der SVP, Urs Schneider, Kraftwerkbrücke

GR Petra Ramseier: Der Gemeinderat möchte das Postulat nicht entgegennehmen und darum bitten wir den Einwohnerrat, das Postulat nicht zu überweisen. Die Antwort zu deinen Fragen kann ich schon geben. Es gibt zwei Gründe, warum der Gemeinderat keine weiteren Ressourcen in die Abklärungen investieren will. Der Gemeinderat ist raumplanerisch verpflichtet, die Kraftwerkbrücke für den Individualverkehr geschlossen zu halten. Das ist bereits im 2012 im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung Salina Raurica im Kanton so festgehalten worden. Der Regierungsrat hat die Gemeinde Pratteln auch noch einmal darauf hingewiesen. Als man 2016 den Strassennetzplan Pratteln-Nord eingereicht hat, ist die Rückmeldung des Kantons zurückgekommen, man müsste dann darauf achten, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) eben nicht über die Brücke geht ins Salina Raurica. Auch 2024, als die Gemeinde den Bau- und Strassenlinienplan von Netzboden/Lohagstrasse/Kraftwerkstrasse eingereicht hat, ist diese Rückmeldung ebenfalls wieder gekommen. Wenn wir die Kraftwerkstrasse an der Kraftwerkbrücke aufmachen, wird das unglaublich viel Schleichverkehr generieren. Urs Schneider hat auf der Karte vor allem den Zugang gemeint, wenn man über Kraftwerkbrücke kommt und nach rechts ins Gewerbegebiet will. Dieser Zugang wäre sicher sinnvoll zu schaffen, aber gleichzeitig kann man dann natürlich auch nach links und direkt auf die neue Umfahrungsstrasse (Rauricastrasse). Wir gehen davon aus, dass wir das nicht kontrollieren können und der Schleichverkehr zunehmen würde und das möchten wir nicht eingehen. Aus diesen beiden Gründen bitten wir den Einwohnerrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Urs Schneider: Besten Dank GR Petra Ramseier für die Ausführungen. Ich bedauere das sehr, dass anscheinend der Kanton sagt, man dürfe nicht. Trotzdem hat mir jetzt irgendwie noch etwas gefehlt von euch. Falls es möglich gewesen wäre, hättet ihr es gerne gemacht? Ich könnte mir vorstellen, dass man noch weitere Schritte machen würde, um das zu probieren. Die Bevölkerung von Pratteln ist mit dem Verkehr stark belastet und hat einen extremen Nachteil, wenn man dort in das Industrieareal runter will oder muss. Entweder fährt man die Bahnhofstrasse hinab oder in die Wanne hinaus und dann runter, damit man in das Industrieareal kommt. Mit dem Zugang zur Lindenstrasse/Kraftwerkbrücke wäre ein einfacherer, schnellerer Zugang möglich gewesen in das Industrieareal. Das Argument wegen Schleichverkehr haben wir im Neusatzweg auch schon ein paar Mal gehört. Wir haben halt einfach Verkehr und das ist ja leider nicht wegzuwischen. Natürlich hat dann vielleicht jemand, der von Pratteln kommt und auf die Umfahrung muss, einen Vorteil. Ob denn das als Schleichverkehr angeschaut werden muss, weiss ich nicht. Trotzdem versuche ich an diesem Postulat festzuhalten und hoffe auch, dass andere dem zustimmen würden. Allenfalls könnte man beim Kanton noch einmal abklären, auch in Anbetracht, wenn der Kreisel dann gebaut wird, in der Salinenstrasse, extremes Verkehrschaos entstehen wird. Das würde vielleicht helfen, dass man es einigermassen erträglicher machen könnte.

Didier Pfirter: Wir sind auch für Überweisung. Der Kanton könnte seine Meinung ändern. Ich habe schon lange gedacht, das ist eigentlich absurd. Die Kraftwerkbrücke ist nicht die einzige grosse Brücke, die man mit Steuergeldern über die Autobahn gebaut hat und die jetzt kaum benutzt wird. Die andere ist beim Schwimmbad. Da hat irgendjemand komisch geplant, als man das gebaut hat. Aber der Hauptgrund für mich ist die Anbindung der Längi. Wir haben grosse Probleme in Pratteln, weil unser Dorf so verschnitten ist durch die Eisenbahn, durch die Autobahn und durch die Landstrasse. Wenn man von der Längi ins Dorf will, dann muss man über den Wannenkreisell gehen oder über die Salinenstrasse und über die neue Strasse, die dort der Autobahn entlang geht. Am Wannenkreisell bin ich aber schon bald in Frenkendorf und dann von dort wieder zurück in die Längi, dann bin ich nicht mehr in Pratteln. Die Verbindung zwischen der Längi und dem Dorfzentrum, die eben fast gar über eine andere Gemeinde läuft, ist weitgehend dafür verantwortlich, dass die Längi so eine Satellitenstadt geworden ist und nicht wirklich ein Quartier von Pratteln. Schon rein psychologisch, wenn man über die Kraftwerkbrücke fahren könnte, dann würde sich die Längi auch mehr zu Pratteln gehörig fühlen. Vor allem, wenn dort unten auch noch mehr gebaut wird.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen ist für nicht überweisen, aus dem Grund des Schleichverkehrs. Wenn man diese Strasse oder Brücke öffnen würde, kommt sie nicht direkt in die Längi hinein, weil dort die Barriere für die Busse ist. Wenn man es jetzt genau anschauen würde, sieht man, dass man auf die Umfahrungsstrasse zurückfahren müsste, um dann in die Längi hineinzugehen. Persönlich sehe ich es ähnlich wie Didier Pfirter. Wir haben eine Brücke, die helfen könnte, die Situation zu entlasten und daher würde ich persönlich dort einer Prüfung zustimmen. Es ist sicher etwas, was den Weg zum Gewerbe vereinfachen kann und Pratteln ein bisschen näherbringt. Auch im Hinblick auf die vielen Baustellen, die wir in der nächsten Zeit haben werden. Darum muss man sich Gedanken machen, ob es im Hinblick auf die Quartierpläne eine Möglichkeit gibt, der Prattler Bevölkerung ein bisschen mehr Lebensqualität zu geben.

Kurt Lanz: Die SP hat auch lange darüber diskutiert, es ist ein bisschen eine bivalente Angelegenheit. Der Gemeinderat hat uns erzählt, warum er es nicht übernehmen möchte und aus diesem Grund werde ich mich der Stimme enthalten. Was meine Fraktionskolleginnen und -kollegen machen, werden wir sehen.

Josef Bachmann: Was hat diese Strasse gekostet? Wer hat sie bezahlt? Warum dürfen wir sie nicht benutzen? Das sind die Hauptfragen, die ich hier habe. Es kann doch nicht sein, dass man Strassen und Brücken baut und wenn sie fertig sind, kommt der Kanton und sagt, ihr dürft nicht dort fahren, man will keinen Schleichverkehr. Ich hatte früher eine Werkstatt dort unten und ich kann euch ganz ehrlich sagen, auch damals sind schon Leute runtergefahren.

GR Petra Ramseier: Ich will jetzt nicht eine Raumplanungsdebatte führen. Wenn man über die Lebensqualität etc. in Pratteln redet, geht es auch darum, den Individualverkehr zu kanalisieren

und nicht durch das ganze Dorf und durch alle Strassen zu lassen. Genau das ist auch die Absicht hinter dieser Planung und darum bitte ich, die konkrete Planung der letzten 10, 20 Jahre jetzt nicht einfach über den Haufen zu schmeissen.

Der Rat beschliesst mit 21 Ja- zu 8 Nein-Stimmen zu 7 Enthaltungen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

6. Nr. 3496

Postulat, Fraktion der SP, Patrick Eichenberger, Verkehrssicherheit Kreuzung Bahnhof- und Muttenerstrasse

GR Petra Ramseier: Der Gemeinderat würde das Postulat gerne entgegennehmen. Diese Kreuzung ist es sicher wert, dass man sie wieder einmal anschaut.

Patrick Eichenberger: Ich habe es mir nicht einfach gemacht mit dem Postulat. Ich habe lange zögert, weil ich selbst auch nicht Fan von kleinteiligen Verkehrsgeschäften im Einwohnerrat bin. Ausserdem habe ich mir lange eingeredet nach jedem Fast-Unfall, den ich dort hatte, dass die Situation wahrscheinlich gar nicht so schlimm sein kann und die Verkehrsteilnehmer mehrheitlich wahrscheinlich die Regel schon befolgen. Bis ich angefangen habe zu zählen und es lohnt sich wirklich, dort einmal eine Viertelstunde hinzustehen und zu schauen, was dort alles zusammengefahren wird. Man kommt ziemlich schnell auf den Clou, dass es nur eine Regel gibt, nämlich die Regel, dass es keine Regeln zu befolgen gibt. Es ist mir ein unlösbares Rätsel, wie man diese Kreuzung jemals als sicher einstufen konnte. Wahrscheinlich hat man das irgendwann einmal am Sonntagmorgen um 7 Uhr angeschaut, als es kein Verkehr hatte. Ich habe die verschiedenen Gefahren im Postulat einzeln aufgezählt. Es handelt sich in der Regel nicht um kleine Überschreitungen, sondern zum Teil um haarsträubende Verfehlungen, die nur durch grosses Glück noch nicht zu tödlichen Unfällen geführt haben. Ich möchte, dass das so bleibt und wir nicht eines Tages Schulkinder oder eine betagte Person unter dem Auto hervorholen müssen. Darum bitte ich euch, das Postulat zu überweisen.

Urs Schneider: Das ist ein sehr wichtiges Postulat. Eigentlich wäre jetzt die Frage gekommen, ob man gegen Überweisung ist. Ich hätte mich dann leider melden müssen, nicht weil ich gegen die Überweisung bin, sondern weil ich dem Postulat gerne noch etwas anhängen würde. Das kann aber nicht ich, sondern nur Patrick Eichenberger, weil er das Postulat verfasst hat. Wir haben nicht nur an dieser Kreuzung Bahnhofstrasse/Muttenerstrasse eine Riesenproblematik, sondern eben auch an diesen Fussgängerstreifen in unmittelbarer Nähe, sei es Richtung Muttenez oder eben auch Richtung Dorf. Die geschilderten Situationen gibt es täglich dort und ich glaube nicht, dass es extra ist oder weil sie zu schnell fahren, vielmehr sind die Verkehrsteilnehmer zu wenig aufmerksam. Meine Frau steht täglich immer wieder mit den Kindern am Fussgängerstreifen. Einer hält und der andere fährt durch. Ich habe einen Riesenrespekt und auch Angst, wenn meine Kinder dann irgendwann allein über den Fussgängerstreifen müssen, dass etwas passieren könnte. Deshalb würde ich gerne das Postulat noch mit einem Satz ergänzen: *«Es ist zu überprüfen, ob die weiteren Fussgängerstreifen entlang der Muttenerstrasse mit zusätzlichen Markierungen sicherer gestaltet werden können.»* Aber Patrick Eichenberger müsste sagen, wir machen es.

Patrick Eichenberger: Wir machen es so.

Delia Moldovanyi: Die Fraktion der Unabhängigen überweist das Postulat auch. Wir würden einfach noch gerne mit auf den Weg geben, das war auch schon in der Planung der Bahnhausstrasse mal drin, dass ein Kreisel dort nicht infrage kommt. Das würden wir auch nicht unterstützen können, weil ein Kreisel erstens einfach keinen Platz hat und zweitens nur einen Vorteil für die Autos schafft und nicht für den langsamen Verkehr.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

7. Nr. 3503

Postulat, Fraktion der SVP, Reto Ramstein, Nächtlicher Lastwagenverkehr Muttenerstrasse/Oberemattstrasse

GR Petra Ramseier: Der Gemeinderat würde auch das Postulat entgegennehmen und prüfen und berichten.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

8. Nr. 3504

Beantwortung Interpellation, Fraktion der SVP, Josef Bachmann, «Nachtragskredite»

GR Silvia Lerch: Es ist sehr interessant einmal zu sehen, dass es auch tatsächlich Projekte gibt, die positiv abschliessen. In dieser Liste konntet ihr einmal anschauen, was eben nie zu euch kommt. Wenn ihr es bekommt, dann sind es immer Überschreitungen und negative Nachrichten. Es hat mich sehr gefreut, dass die Überschreitungen, wenn man das Ganze kumuliert, human im Prozentbereich sind. Natürlich ist es immer noch viel Geld, aber bei 0,82% sind wir hier in einem sehr angenehmen Bereich. Der Erfüllungsgrad beträgt knapp 104%, was sicher eine positive Bilanz ist. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Abteilung Bau bedanken. Wie ihr auch gelesen habt, sind sie sehr knapp mit den Ressourcen. Sie arbeiten aber immer möglichst effizient und sind bemüht, die Kosten einzuhalten, was halt nicht immer der Fall ist. Was noch dazu kommt, ist, dass wir ganz viele langjährige Projekte haben. Da gibt es immer wieder Preisanpassungen beim Material, es kann zu Teuerungen und Lohnanpassungen kommen. Das ist im Vorfeld nicht möglich einzuplanen. Wir haben uns aber Überlegungen gemacht, dass wir die künftigen Beschlüsse auch in der Formulierung anpassen, so dass man eine Kostengenauigkeit mitbewilligt von einem gewissen Prozentsatz. Ich denke, da müssen wir uns dann noch finden, was hier die beste Lösung ist, aber das ist auf jeden Fall jetzt angedacht.

Josef Bachmann: Zuallererst möchte ich einmal der Bauverwaltung recht herzlich danken für die sehr gute Auflistung dieser Pro und Kontras, die hier gelaufen sind. Ich dachte, es sei viel schlimmer mit diesen Überschreitungen. Wenn es nötig wäre, dass die Bauverwaltung mehr Leute haben will, müssen wir uns auch hier Gedanken machen.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

9. Nr. 3372

Beantwortung Postulat, Fraktion der U/G, Christoph Zwahlen, Fussgängerstreifen über die Augsterheglistrasse

GR Petra Ramseier: Ihr habt die Beantwortung vorliegen. Der Fussgängerstreifen ist umgesetzt und in Betrieb und damit bitten wir euch, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Delia Moldovanyi: Wir bedanken uns herzlich, das ist sehr gut umgesetzt worden, auch mit der Erhöhung des Fussgängerstreifens, was den Verkehr noch einmal viel langsamer macht an dieser Stelle. Daher können wir das Postulat sehr gerne abschreiben.

Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme:

://: Das Postulat Nr. 3372 wird als erfüllt abgeschrieben.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Die Geschäfte Nrn. 3482, 3483, 3505, 3506, 3507 und 3508 wurden nicht behandelt.

Verabschiedung

Wir kommen noch zur Verabschiedung von Kurt Lanz. Ihr habt alle das Rücktrittsschreiben gehört. Kurt Lanz ist jetzt 40 Jahre im Einwohnerrat gewesen, er hat also ein rundes Jubiläum für seinen Rücktritt ausgewählt. In diesen 40 Jahren hat er ein grosses Wissen im ganzen politischen Gebiet sich aneignen können und eine riesige Erfahrung gesammelt. Er ist eigentlich immer gewissenhaft vorbereitet gewesen und hat sehr Wert daraufgelegt, dass alle Abläufe korrekt vor sich gehen, dass man die Regeln einhält und nicht irgendetwas huschhusch «hindedure» macht. Es ist ihm immer auch um die Sache gegangen. Ich hatte nicht das Gefühl, er hätte sich persönlich profilieren wollen, sondern im Interesse der Sache gesprochen. Dadurch ist er auch von allen Seiten, von allen Fraktionen ein geschätztes Mitglied des Einwohnerrates. Zum Schluss kann ich jetzt gar nicht viel über ihn sagen, sondern ich würde ihm gerne das Wort erteilen und sagen, lieber Kurt, was hast du uns mit deiner reichen Erfahrung noch mitzugeben, bevor du aus dem Einwohnerrat zurücktrittst?

Kurt Lanz: Ja, tatsächlich schon 40 Jahre. Auch wenn das die Bevölkerung nicht so wahrnimmt, aber in diesen 40 Jahren hat sich der Einwohnerrat entwickelt und zwar positiv. Und ja, wir streiten manchmal, aber die Auseinandersetzungen sind wichtig und darum muss das so sein, wie es da ist. Als ich frisch angefangen habe, ist jede Fraktion in ein anderes Restaurant Bier trinken gegangen. Kann man sich das vorstellen? Das machen wir heute nicht mehr. Ich will dem Einwohnerrat einfach noch auf den Weg geben, weiterhin gut zu streiten für ein lebenswertes Pratteln. Danke vielmals. (Standing Ovation)

Die Sitzung wird um 21.05 Uhr beendet.

Pratteln, 02. Oktober 2025

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Christoph Zwahlen

Nurhan Tasdelen